

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Auer. Druck: Auer'sche Druckerei. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Ausland: 1.00 Pf. pro Quartal.

Druckpreis: Durch unsern Laden frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Fernschickung abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post befahlt und nach Abgabe der Abrechnung 1.200 Mk. monatlich 4.00 Mk. Durch den Zeitungsverleger frei ins Haus monatlich 1.40 Mk. monatlich 4.00 Mk. Erhalten täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. In der Post befahlt und nach Abgabe der Abrechnung 1.200 Mk. monatlich 4.00 Mk. Erhalten täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. In der Post befahlt und nach Abgabe der Abrechnung 1.200 Mk. monatlich 4.00 Mk. Erhalten täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Nr. 255.

Dienstag, den 2. November 1920.

15. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Durch einen Brief des Ministers des Innern ist in Preußen die Auflösung aller Ortschaftsvereine, das Verbot von Ortschaftsversammlungen usw. angeordnet worden.

Das Reichskabinett hat den Antrag des Reichsstaatsrates und des Reichsstaatsverbandes auf eine Erhöhung der Kohlenpreise abgelehnt.

Weder die Einführung eines Arbeits-Zwangs noch ein Werkzentwurf ausgeübt.

Die interalliierte Ausschuss-Kontrollkommission hat über verschiedene große deutsche Exportverkehrsfirmen verhängte Verbot der Ausfuhr weiterer Erzeugnisse in Deutschland zurückgezogen.

## Mandatsverzicht Erzbergers.

Wie das Leipziger Tageblatt aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat der Reichstagsabgeordnete Erzberger auf der Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei nach längerem erregtem Debatten auf die Ausübung seines Mandates freiwillig verzichtet.

Das Wort freiwillig wird in diese Meldung auf Wunsch des Zentrums hineingekommen sein. Der Mandatsverzicht Erzbergers ist, wie er freiwillig von seinem Mandat zurücktritt, der ihm die Möglichkeit der politischen Betätigung gibt. Erzberger ist gestürzt, weil seine Freunde in der Partei es nicht mehr verantworten wollten, feinstimmen die Partei in immer größere Bereitwilligkeit zu treiben. Der stolze Zentrumsturm, dem keine Reichstagswahl etwas anhaben konnte, und zuletzt Ihre Karole gleich: Gegen das Zentrum, der Krieg und Revolution ohne jede Erschütterung überdauerte, ist seit Jahresfrist bedenklich. Erzberger war die Ursache. Wer allerdings glaubt, daß die vielen Schwächen und die bedenkliche politische Geschäftigkeit des Hüttenhausener, oder gar der Ausgang des Selbstverleugers die Zentrumspartei in Freunde und Gegner Erzbergers gespalten hätten, irrt: es war die Richtung der Erzbergerschen Politik und seine Finanzpolitik, die den Kampf um ihn in das Zentrum trugen. Die Partei Spahn und Trimborn ist zwar demokratisch, aber sie beharrt streng auf der privatwirtschaftlichen Anschauung; und außerdem ist sie konfessionell gebunden. Erzberger nun ging in den letzten Monaten seiner Ministerherrlichkeit Wege, die oft schon links von Scheidemann zu liegen schienen. Daß seine geschäftlichen Unbestimmtheiten den Woll der Gegner im Zentrumlager verstärken, ist ohne Frage richtig, sehr wohl ist auch möglich, daß die neuerlichen Angriffe der deutsch-nationalen Blätter die Angelegenheit beschleunigt haben. Das Zentrum hat augenblicklich genug an der Sache Dreyfus; dazu noch einen aktiv tätigen Erzberger vermag auch der trübste Turm nicht! So ließ man denn Erzberger fallen, nachdem die Behandlung, die er bei der Eröffnung des Reichstages von seinen Fraktionsgenossen erfuhr, deutlich gezeigt hatte, daß man sein Weiterbestehen auf der politischen Bühne nicht wünscht. Seine Rolle aber als stiller Teilhaber behagte Erzberger nicht; auf der Reichsausschussung der Partei hat er selber die Angelegenheit zur Sprache gebracht und sehr gegen seinen Willen die Konsequenzen ziehen müssen. Wie meinen ihm keine Rede nach, wählen und aber auch nicht veranlaßt, das Tier aus der Fabel zu stellen. Ein Löwe war der fetteste Schwabe ja auch nicht, wenn er auch einen Politiker von nicht alltäglichem Durchsicht verlor. Viele seiner Pläne und Taten offenbaren wirklich einen derartig fähigen Blick für die Möglichkeiten und Erfordernisse der Zeit, daß es ungerecht wäre, das verkennen zu wollen. Auch in seiner Finanzpolitik hat er manche gute Gedanken, wenn auch die Verwirklichung bei weitem nicht immer unsere Zustimmung findet. Aber selbst, wenn er ein politisches Genie gewesen wäre: seine Unwahrhaftigkeit und Skrupellosigkeit in der Politik und seine nicht ganz saubere Weise als Minister, hätten auch für uns genügt, seinen Rücktritt als Regierungsmitglied zu fordern. Erzbergers politische Laufbahn dürfte mit der Mandatsunterlegung allerdings nicht zu Ende sein. Erkennt er, daß er auch bei der nächsten Reichstagswahl keine Gelegenheit hat, als Zentrumsmann wiederzutreten, dann ist es nicht ausgeschlossen, daß wir ihn an der Seite Scheidemanns wiederfinden werden.

## Bayern und Frankreich.

Es gibt Leute, die sich nicht ausreden lassen daß die Ausruhmung Bayerns zur Monarchie bei Gelegenheit des vielbesprochenen Bundeschließens nur an einem Haare geht. Sie erklären die Proklamation des neuen Königl. Bayerns sei nur deshalb nicht erfolgt, weil sich gegenüber diesen Bestrebungen (sogar in letzter Minute andere Erwägungen geltend zu machen) genügt hätten, die darauf hinausläufen, daß ein solches monarchisches Bayern notgedrungen völlig in Abhängigkeit von Frankreich geraten müßte.

Die öffentliche Meinung in Deutschland ist demgegenüber davon überzeugt, daß noch wesentlich andere Gründe für die Erhaltung der Republik in Bayern geltend gewesen seien und es wird dabei besonders auf die Haltung der bayerischen Arbeiterschaft verwiesen, die in Nürnberg nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen hat, daß die Wiederaufrufung der Monarchie nichts anderes als den Generalstreik, Kampf bis auf Messer und den Bürgerkrieg in schlimmerer Form bedeuten würde. Trotz alledem werden wir damit zu rechnen haben, daß das in erster Linie treibende Element in der Frage einer Veränderung der gegenwärtigen republikanischen Staatsform in Bayern nach wie vor in ganzem Umfange wirksam bleibt: d. h. Frankreich. Dort wird man unter keinen Umständen die Hoffnung fahren lassen, Bayern doch eines Tages vom Reiche abspalten und den Rest des Reiches herbeiführen zu können. Daran dürfte auch die Tatsache nichts ändern, daß es merklich gerätweise Franzosen gibt, die die Dinge ganz klar und jedenfalls wesentlich richtiger sehen als die maßgebenden Kreise, die auf eine Trennung Bayerns vom Reiche hinarbeiten. In der Pariser politischen Wochenschrift: Das neue Europa — wird z. B. mit gerader Verblüffender Kenntnis gewisser Strömungen und Gegenströmungen in München klipp und klar bewiesen, daß die französischen Hoffnungen in dem wirklichen Tatsachenbestand in Bayern eigentlich das absolute Gegenteil einer Bestätigung erfahren. Der französische Autor sagt nämlich, Bayern denke weniger an eine Trennung vom Reich als vielmehr daran, in Deutschland die Rolle Preußens von 1812 zu spielen. Man denke daran, aus den Schützenarabern der Mainlinie hervorzubringen, um die deutschen Völker um die bayerische Mark zu sammeln, wie früher die Kurfürsten von Brandenburg sie um die Mark Brandenburg als Kern zusammenschlossen. Wiederum mit einer erstaunlichen Erfahrungsgenauigkeit der maßgebenden Einzelheiten wird dann geschildert, wie es schließlich in Bamberg zu dem vielerörterten Programm der bayerischen Volkspartei gekommen ist, und der Verfasser fragt, es sei unerklärlich, weshalb derartige Dinge zu den erwähnten französischen Hoffnungen führen konnten. Wir unsererseits fügen hinzu, daß Gott sei Dank noch andere Faktoren mitsprechen, um Bayern beim Reich zu erhalten, und daß die Selbstbestimmung des deutschen Volkes in allen seinen Teilen über alle Unfehlungen der deutschen Einheit den Sieg davon tragen wird.

## Wilson's Nachfolger.

Am heutigen Dienstag findet im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten von Nordamerika die Wahl der Wahlmänner für die Präsidentschaft statt. Sobald das Ergebnis vorliegt, weiß man, wer der Nachfolger Wilsons sein wird, der Demokrat Cox oder der von den Republikanern aufgestellte Harding. Grundfähliche Unterschiede für die Wahlparole zwischen den beiden großen Parteien der Republikaner und der Demokraten lassen sich heutzutage schwer noch feststellen; in früheren Zeiten waren sie deutlicher, heute sind sie fast vernichtet. Heute fragt sich vielmehr der amerikanische Wähler: welche Persönlichkeit unter den verschiedenen Parteikandidaten gibt die beste Gewähr für die richtige Lösung desjenigen Problems, das zur Wahlzeit gerade die Herzen bewegt? Als 1916 die amerikanischen Bürger zur Wahlurne gingen, sollte über die Stellung Amerikas zum Weltkrieg entschieden werden: Die Möglichkeit war damals für Neutralität und wählte Wilson, weil er am zuverlässigsten für Wahrung der Neutralität erschien. Jetzt sucht die Urnen nach dem Mann, der die beste Gewähr bietet für die richtige Einstellung des amerikanischen Staates zu dem in Versailles geborenen Völkerbund.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat James M. Cox, der früher Mitglied des Repräsentantenhauses und bereits dreimal Gouverneur seines Heimatstaates Ohio gewesen ist, zeigt wenig Interesse für auswärtige Fragen. Cox ist gleich Harding auf einer Farm in Ohio geboren, und er ist gleich ihm heute Herausgeber eines einflussreichen Blattes in diesem Staate, dessen Parlament in beiden Säulern bemerkenswerterweise republikanisch ist. Mit dem Versäulen Friedensvertrag hat sich Cox bisher ebensowenig befaßt wie mit dem irischen Problem, und in der Wählerfrage hat er erklärt, er unterwerfe sich dem 18. Verfassungsgesetz, was aber nicht ausschließt, daß er etwaigen Verleumdungen des Kongresses, jene Verfassungsbestimmung abzuschwächen, unter Umständen zuleben würde. Die Kandidatur Cox ist eben ein Kompromiß, dem man die maßgebende Vorarbeit des Zustandekommens anmerkt. In den Augen vieler Demokraten hat er den Vorzug, sein Administration Man zu sein, wie v. D. Wilson, der sich bei einem erheblichen Teil seiner Partei wegen seines selbstherrlichen Auftretens unpopulär gemacht hat. Die Demokraten sind nicht für Herrn Cox. Er war vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg nicht deutschfeindlich, wenn man ihn die von ihm herausgegebene Zeitung Dayton News hält; in Beitritt der Vereinigten Staaten wurde seinerzeit die Verkündung der Zustimmung als gerechtfertigte Kriegshandlung gekennzeichnet.

dem Kriege gegen Deutschland wollte er nicht wissen. Dies war zur Zeit, als Herr Cox auf die deutschen Stimmen und Ohio für das Gouvernementsamt rechnete. Später nach Ausbruch des Krieges hieß man dann wieder mit und verdammt alles Deutsche in Grund und Boden, genau wie alle anderen Politiker auch. Herr Cox trug dann sein Hauptteil dazu bei, daß die deutsche Sprache aus den Schulen im Staate Ohio verdrängt wurde. Viele der deutsch-amerikanischen Zeitungen, die in früheren Jahren demokratisch waren und auch für den republikanischen Kandidaten nicht viel übrig haben, arbeiten entschlossen darauf hin, daß Herr Cox geschlagen werde.

Nun zum republikanischen Kandidaten: Warren Harding ist Senator von Ohio und dadurch Vertreter der großen Interessen der östlichen Industriezentren. Die Nachrichten über ihn sind widersprechend, es ist aber falsch, ihn zum liberalen Flügel der republikanischen Partei zu rechnen. Sehr viel spricht dafür, daß Harding als Republikaner alten Stils und sehr progressiv freundlich angesehen werden muß. Sein außerordentlich scharfer, fast persönlicher Gegensatz zu Wilson steht fest. Harding gilt aber nicht als Imperialist im politischen-militärischen Sinne. Er ist wirtschaftlich gerichtet, und insofern ist seine Wahl, soweit man bisher urteilen kann, für Deutschland nicht ungünstig. Harding ist der Sohn eines Dorfschulzen, seine Mutter ist holländisch-amerikanischer Abstammung. Er studierte in Göttingen und mußte sich das Geld für sein Studium selbst verdienen. 1891 verheiratete er sich mit Florence Kling, die deutsch-mennonitische Abstammung ist. Harding ist Journalist von Beruf und hat sich als Zeitungsherausgeber und Eigentümer des Star einen Namen gemacht. Harding ist in Ohio, Harding ist gegenwärtig Bankdirektor und Mitglied im Aufsichtsrat eines Stahlwerks in Göttingen. Er war Gouverneur von Ohio und wurde 1912 mit einer Mehrheit von 100 000 in den Senat zu Washington gewählt, wo er dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten angehörte. Er hat sich an demselben Programm gebunden, nahm aber jetzt natürlich das nunmehrige republikanische Parteiprogramm an.

## Kleine politische Meldungen.

Der polnische Einfluss in der Abstimmungspolizei. Neben die Zusammenfassung der neuen oberösterreichischen Abstimmungspolizei wird berichtet: Von den sieben Hundertschaften der Apo, die der Gruppe Rattowich unterstellt sind, sind die Führer von fünf Hundertschaften Großpolen. Von insgesamt 21 Offizieren sind nur neun deutsch. Von den Unterbeamten ist meist nur weniger als die Hälfte deutsch.

Danziger Schicksal. Am Sonnabend traf folgendes Telegramm der Danziger Delegation ein: Die Botschafterkonferenz hat der Delegation bestätigt, daß die wesentlichen Punkte des Vertragsentwurfes der Botschafterkonferenz nicht mehr diskutiert werden dürfen, und daß auch in jenen Fragen keinerlei Veränderungen vorgenommen werden, welche nicht die Genehmigung der beiden Parteien finden.

Die Sähe für Scapa Flow. Mitglieder der Entente-Kontrollkommission sind am Sonnabend mittig in die deutschen Häfen abgereist, um für die als Sähe für Scapa Flow von Deutschland nachträglich zu liefernden 83000 Tonnen Schiffsraum auf deutschen Werften zu beschlagnahmen.

Die Bestätigung des Wahl Dr. Löwensteins bestätigt. Der Oberpräsident als staatliche Aufsichtsbehörde hat die Mitglieder des neuen Magistrats Berlin bestätigt, mit Ausnahme des zum Stadtschulrat gewählten Dr. Kurt Löwenstein und des von den unabhängigen (Neukommunisten) zum unbesoldeten Stadtrat gewählten früheren Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Das Oberpräsidium der Stadt Berlin kam zu dem Beschlusse, alle besoldeten und unbesoldeten Stadträte, mit Ausnahme des Stadtschulrates Dr. Löwenstein und des Stadtrats Eichhorn, zu bestätigen.

Itzehellen und die Elbflotte. Wie aus Prag gemeldet wird, ist dort eine Vertretung der deutschen Regierung eingetroffen, um mit der tschechischen Regierung über die von dieser geforderte Abtretung von Elbtonnage zu verhandeln. Die Tschechen verlangen bekanntlich die Auslieferung von 700 Rähnen zu je 800 Tonnen, von zahlreichen Schleppern, Rähnen usw. Nach Behauptung eines Prager Blattes bietet Deutschland ein Drittel der geforderten Tonnage an.

Staatsrechtsfrage in Ungarn? Savaas meldet aus Budapest: Die Lage in Ungarn hat sich zuspitzt. Der Rücktritt des Reichsverwesers soll unmittelbar bevorstehen. Man befürchtet eine jeden Augenblick erfolgende Umwälzung und einen Staatsstreich der Demokraten und Fortschrittler, welche sich der Regierung zu bemächtigen trachten.

Die Aufruhr-Bewegung in Rußland greift weiter um sich. Der verstärkte Belagerungszustand wird in Moskau streng aufrechterhalten. Ganz besonderes Augenmerk wird auf die Regierungsbehörden gerichtet, die zum Teil antirussische Wirklich versucht sein sollen. Von bolschewistischer Seite wird zur Beruhigung gemeldet, daß das Volkskommissariat für Justiz in Petersburg Material für eine Amnestieliste sammelt, die am Tage der dritten Jahresfeier der russischen Revolution erlassen werden soll.

Rache für Mac Swiney. Die Daily Mail meldet aus Dublin: In Cork hat sich eine Gruppe von Sinnfeinern gebildet, welche entschlossen ist, den Tod des Bürgermeisters zu rächen. Da man Anschläge gegen das Leben von

ig?  
Rotstern  
in  
ntin  
le.  
ge-  
Pfund  
24 Mk.  
Pfund  
23 Mk.  
nur 5.50  
- 6.50  
Pfund  
8.00 u.  
00 Mark  
suchen  
inscribed  
elt habe.  
ngista  
üller.  
garten  
Chemnitz  
r"  
Laufs.  
arren-  
wagen  
10 Uhr  
st, fährt  
einigung  
ue.  
u.  
e.  
erein  
8 Uhr  
chneeburg  
phasen  
ung  
Uhr im  
Chemnitz  
rtei.  
chreibon  
Pfg.  
von zwei  
ity S. 7.  
!!  
el Bänden,  
17000.  
10th I. G.